



# VAdM-Kurier

41. Ausgabe: Januar 2023

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur  
41. Ausgabe unseres  
„VAdM-Kuriers“  
im Januar 2023

## Inhalt:

editorial	Seite	1
Panorama: Heimlich verschärft (DER SPIEGEL 191)	Seite	2
Temeswar: Europäische Kulturhauptstadt 2023	Seite	2
<b>Schwerpunktthema: Ukraine</b>	Seite	6
Es gibt ein Menschenrecht auf Frieden	Seite	6
Krieg und Frieden: Die deutsch-russischen Beziehungen	Seite	11
Bertha von Suttner: Der Weg zur Friedensbewegung (Teil 2)	Seite	11
Der Frieden von Brest-Litowsk (Teil 3)	Seite	13
Neues aus dem Osten	Seite	14
Rudolf Hollinger: Publizist nach 1945 (Teil 7)	Seite	15
Reiseziele/Impressum	Seite	16

## editorial

Mit der angekündigten Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine haben die NATO-Staaten offensichtlich eine neue Eskalation im weltweiten Wettrüsten ausgelöst. Der Krieg geht inzwischen mit unverminderter Heftigkeit weiter: Dabei spielen Ressourcenverschwendung und immensen Umweltschäden im Kriegsgebiet überhaupt keine Rolle.

Am 20. Januar 2023 wurde im Deutschen Bundestag über den Härtefall-Fonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der DDR-Rentenüberleitung debattiert. Während Die Linke vor allem die ehemaligen DDR-Bürger bedacht haben wollte, versuchten die Sprecher der Altparteien mehr oder weniger alle genannten Gruppen zu begünstigen.

Daß der Härtefallfond-Fond viel zu gering ausgelegt ist, wurde nur am Rande erwähnt; dafür waren die Appelle an die Bundesländer, sich an dem Fond zu beteiligen, allgegenwärtig. Konstruktive Kritik an dem Härtefall-Fond kam nicht auf. Allein der AfD-Redner legte den Finger in die Wunde: Die Rentenkürzungen für Aussiedler und Spätaussiedler über 40% sowie die Deckelung der Entgeltpunkte muß endlich beendet werden.

Vadim Derksen

Herbert Karl

Bild links: Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! (S. 11)  
Bild rechts Temeswar auf einer Postkarte 1911 (S. 2).





## PANORAMA



Aussiedler in Bielefeld

### Heimlich verschärft

Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen plant die Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP eine Verschärfung des Aufnahmeverfahrens für deutschstämmige Aussiedler. In einem Entwurf zur Reform des Bundesvertriebenengesetzes heißt es, „die bloße Abstammung“ solle künftig nicht mehr genügen. Vielmehr müßten Kinder in erster Linie durch die „Vermittlung der deutschen Sprache als Muttersprache“ das Bewußtsein deutscher Volkszugehörigkeit erworben haben. Das Bundesverwaltungsamt mit Hauptsitz in Köln nimmt die Gesetzesreform bereits vorweg: Die Beamten haben jetzt mehreren mit gültigen Papieren eingetroffenen Familien mitgeteilt, ein bereits erteilter Aufnahmebescheid sei „rechtswidrig“, da die Betroffenen untereinander nicht Deutsch sprächen. So wurde einem Aussiedler aus Kasachstan von der Behörde vorgehalten, „daß Ihre Frau und Sie zwar über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, besonders Ihre Kinder jedoch nicht“. Aber: Laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1986 ist „die Beherrschung der deutschen Sprache als Muttersprache und eine deutsche Erziehung“ für die Anerkennung als Aussiedler „nicht erforderlich“. Der neue Entwurf stellt immerhin noch die Frage, inwieweit „die Benutzung der deutschen Sprache mit Gefahren verbunden war“. Beamte in Rastatt hingegen teilten dem kasachischen Antragsteller im Ablehnungsbescheid mit, da seinen Kindern die „erforderliche Prägung im deutschen Volkstum“ fehle, müsse angenommen werden, „daß sich Ihre Frau und Sie ohne Zwang vom deutschen Volkstum abgewendet haben“.

### Nachlese

**Vor 32 Jahren: Union und FDP verschärfen klammheimlich das Aufnahmeverfahren der Deutschstämmiger aus Osteuropa und den GUS-Ländern (DER SPIEGEL vom 12. August 1991, S. 16).**

In der Folge wurde in den nächsten Jahren das Fremdrentengesetz (FRG) geändert.

Die Rentenbezüge für Aussiedler und Spätaussiedler wurden in der Neufassung anfangs um 30% und später sogar um 40% (§ 22 FRG) gekürzt sowie laut § 22 b FRG für eine bestimmte Anzahl von Rentenbeziehern (Zuwanderer aus Osteuropa nach dem Stichtag 6. Mai 1996) noch eine Deckelung der Entgeltpunkte auf 25 bzw. 40 Entgeltpunkte bei Bezug einer zweiten Rente (einer Alters- oder Erwerbsminderungsrente bzw. einer Hinterbliebenenrente) durchgesetzt wurde.

Seit Jahren fordern wir diese Ungerechtigkeit im deutschen Rentensystem durch eine Novellierung des FRG zu beseitigen:

**Eine Anerkennung der Lebensarbeitsleistung der Aussiedler und Spätaussiedler sieht anders aus.**

HK

### Temeswar: Europäische Kulturhauptstadt 2023

Bereits 2021 sollte die Hauptstadt des historischen Banats, Temeswar (dt. auch: *Temeschburg* oder *Temeschwar*, rum.: *Timișoara*, ung.: *Temesvár*, serbo-kroat.: *Temišvar*), Kulturhauptstadt Europas werden; pandemiebedingt wurde dieses Vorhaben auf 2023 verschoben.

Um den Fluß Temesch (ung. *Törmösch*, rum. *Timiș*) sowie um die hier gelegene Burg (ung. *Vár*) ranken sich einige Erklärungsgeschichten. Fakt ist, daß die beiden Flüsse Temesch und Bega (heute auch: Bega-Kanal) im Laufe der Jahrtausenden gegenseitig über wechselnde Flußläufe und Querverbindungen ein sich austauschendes hydrographisches System bildeten. Heute ermöglicht ein einfaches, aber geniales Zubringer- und Schleusensystem bei der oberhalb von Temeswar gelegenen Ortschaft Coștieu (ung. *Kastely*, *Kostély*, Name, der auf ein Kastell hindeutet) einen optimalen Wasserausgleich; dieser sichert bei normalem Wasserstand für genügend Wasser aus der Temesch für die Stadt Temeswar und sorgt bei Hochwasser eines oder beider Flüsse für einen sich gegenseitig austarierenden Hochwasserschutz.

Neuere Ausgrabungen ergaben, daß das heutige Temeswarer Gebiet schon zur Zeit, als die Römer nach dem 2. Dakerkrieg 105/106 Dazien (röm. *Dacia*) erobert hatten, besiedelt war; hier soll es eine Wehrburg Zurobra oder Zambara gegeben haben. Die Römer haben hier sicherlich eine bereits bestehende Anlage übernommen.

Fortsetzung auf S. 3



## Fortsetzung von S. 2

Erklärlich ist dies auch dadurch, daß im Laufe der römischen Herrschaft über Dazien ein römisches Castrum (fester Platz bzw. Burg) Tibiscum bei der Ortschaft Jupa, in der Nähe der Stadt Karansebesch zur Wüstung wurde und dieses temeschabwärts in den schwer zugänglichen Sümpfen um das heutige Temeswar einen neuen Standort fand (Hochstrasser, S. 21).

Daß auch das Banat im 2. Jahrhundert in das umfangreiche römische Limessystem integriert war, ist archäologisch nachgewiesen: Einer dieser Wälle reichte von Lippa (rum. *Lipova*, serbo-kroat. *Lipovo*) an der Marosch (ung. *Maros*, rum. *Mureş*) über Birda und Werschetz (serb. *Vršac*) bis an die Donau; ein zweiter Wall begann ebenfalls an der Marosch bei Aljosch (ung. *Temesillésd*, rum. *Alios*) führte über Alibunar (ung. *Alibunár*; der Name bedeutet im Osmanischen: Alis Brunnen) nach bis nach Kunar (auch: *Temeschkubin*, serb. *Kovin*, rum. *Cuvin*, ung. *Kevevéra*), ebenfalls bis an die Donau (Schneider, S. 36).

Die Front dieser Wälle war in Richtung Pannonischer Tiefebene ausgerichtet und sollte die nun römische Provinz Dazien gegen die anstürmenden Germanen verteidigen. Während der darauffolgenden Völkerwanderungszeit hatte auch das tatarische Reitervolk der Awaren einen befestigten Lagerplatz im Temeswarer Raum. Urkundlich belegt ist Tibiskon (Dibiskon) in byzantinischen Urkunden offensichtlich erstmals im Jahre 1020 (Hochstrasser, S. 21).

Auch der arabische Reisende und Geograf, Scherif von Idrisi (1100 – 1168) erwähnt eine Ortschaft Tenşinou, Tenşinowa bzw. Tenşiwou in Südosteuropa, die auf Temeswar hindeutet (Hochstrasser, S. 21).

Als Stadt spielte Temeswar Anfang des 14. Jahrhunderts eine historische Rolle: Karl Robert aus dem Hause Anjou, regierte als Karl I. das Königreich Ungarn zwischen 1308 und 1342 von Temeswar aus; dieses dehnte sich von der nördlichen Adria bis zu den Karpaten aus. Später 1316 (1323) verlegte Karl Robert die ungarische Residenz nach Visegrád. Hier fand 1335 das geschichtsträchtige Treffen zwischen Kasimir III. von Polen und Johann von Luxemburg, dem König von Böhmen, und Karl Robert statt. Dabei wurde der *Tausch Schlesiens gegen Masowien* beschlossen und es kam zu einer langanhaltenden Symbiose der drei mitteleuropäischen Reiche: Ungarn, Polen und Böhmen.

Unklar ist hingegen, wann der Name Bega (auch Bege), dem bekannten Fluß der Temeswarer, erstmals auftauchte. Zeitweise wurde dieser auch als die Kleine Temesch bezeichnet und als ein Arm der Großen Temesch abgetan. Fakt ist, daß an diesen beiden Flußläufen schon seit Jahrhunderten mehrfache *Flußregulierungsarbeiten* vorgenommen wurden und das Ergebnis dieser Kanalarbeiten, offensichtlich schon in der osmanischen Zeit mehrfach als Bega (Bege) bezeichnet wurde. Diese hat ihre Quellen in der Nähe des weiter östlich gelegenen Städtchens Fatschet (rum. *Făget*, ung. *Facsád*) während die Temesch wesentlich weiter südlich im Südosten des Banats entspringt.

Diese Regulierungen waren flußaufwärts von Temeswar für Flößerarbeiten (zur Bauholzanlieferungen) und flußabwärts für einen zunehmenden Boots- und Schiffsverkehr in Richtung Theiß notwendig geworden. Der Stich nach einer Zeichnung von Ferenc (Franz) Walthay aus dem Jahr 1602/1603 – während seiner Gefangennahme in Temeswar gemalt –, gibt einen Eindruck über diese notwendigen *Regulierungsarbeiten*: So war das

Kastell der Hunyadis aus dem 15. Jahrhundert von den hohen Stadtmauern der Festung durch einen Wassergraben getrennt (Siehe Bild; Quelle: Wikipedia., Abr: Januar 2023).

Fortsetzung auf S. 4





Fortsetzung von S. 3

Vor den Toren Temeswars endete 1514 ein historisches Drama, das auch weltgeschichtliche Auswirkungen haben sollte: Der Tod des Bauernführers György Dózsa auf einem Feuerthron. Dózsa (ca. 1470 – 20. Juli 1514) war ein ungarischer Reiterführer aus dem siebenbürgischen Szeklerland. Vom ungarischen Kardinal Tamás Bakócz wurde er – konform der Bulle Papst Leos X. – mit der Aufstellung eines Heeres, dessen erheblicher Teil aus Bauern bestand, gegen die Osmanen beauftragt. Dagegen wehrten sich die ungarischen Magnaten, denen die Leibeigenen davonliefen. Vor Temeswar wurde das Bauernheer geschlagen und Dózsa zu Tode gequält, daran erinnert der Platz an der Maria-Statue und die von hier ausgehende Dózsa-Gasse.

1552 wurde Temeswar von den Osmanen erobert, was den Chroniken zufolge eine große Anzahl von Opfern forderte. (Bild unten: Belagerung Temeswars in der osmanischen Zeit Stich aus 1596: Wikipedia, Abr.: Jan. 2023).-Erst 1716 konnte die Festung von den Österreichern durch den hochverehrten Prinz Eugen von Savoyen zurückerobert werden. In den folgenden Jahrzehnten erlebte die Stadt einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung und die Besiedelung des Banats wurde mit Nachdruck von der Wiener Hofkanzlei betrieben. Das Ergebnis war u.a. auch der Anfang einer der letzten deutschen Stammesbildungen: Der Banater Schwaben.

Bis in das Jahr 1778 wurde Temeswar sowie das Banat direkt von Wien aus verwaltet: In diesem Jahr wurde das Banat dem ungarischen Reichsteil angegliedert, und fortan von Ofen (Teil der späteren ungarischen Hauptstadt Budapest) aus regiert.



In der Revolution von 1848/49

erlebte Temeswar eine schwere Belagerung durch die nationalungarischen Revolutionäre; diese kamen den Befestigungsanlagen sehr nahe: Die ältere Bem-Gasse erinnerte später an den Revolutionär Józef Bem (geboren in Tarnow, Galizien und verstorben in Aleppo im osmanischen Syrien), der hier sein Lager aufgeschlagen hatte. Durch einen offensichtlich zu früh vorgetragenen Sturm auf die Festung verschenkte Bem deren Einnahme; damit geriet die gesamte ungarische Revolutionsarmee in äußerste Bedrängnis.

Für Temeswar und das Banat kam 1867 mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich eine von Budapest aus mit beispiellosen Mitteln gegen alle Minderheiten betriebene *Madjarisierungswelle* zu. Diese überzogene Minderheitenpolitik führte *direkt* in die Jahrhundertkatastrophe von 1914. Im so genannten Frieden von Trianon zwischen den Alliierten und Ungarn wurde das Banat dreigeteilt. Der größere Teil mit der Hauptstadt Temeswar wurde dem Königreich Rumänien zugesprochen.

Ein verzweifelter Versuch der Banater 1918/1919, eine selbstständige *Republik Banat* zu gründen, scheiterte an den Alliierten und den neuen Regionalmächten Serbien und Rumänien. Dabei wurde Temeswar, bei dem Versuch Serbiens vollendete Tatsachen zu schaffen, zeitweise auch von serbischen Truppen besetzt.

Ende 1989 geriet Temeswar erneut in die Schlagzeilen; hier nahm die Revolution gegen den nationalrumänischen Diktator, Nicolae Ceaușescu, ihren blutigen Anfang: Diese Farce in der neueren rumänischen Geschichte ist weit von ihrer Aufarbeitung entfernt und wird uns sicherlich noch lange beschäftigen . . .

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Zurück in die Gegenwart: Der neue deutsche Temeswarer Bürgermeister Dominic Fritz, kein Banater (sic!), hat für das im Februar 2023 startende Veranstaltungsprogramm aus Anlaß der Verleihung zur Europäischen Kulturhauptstadt dem Vernehmen nach verkündet, sein Hauptaugenmerk auf die Revolution von 1989 und auf den Bildhauer Constantin Brâncuși zu richten: Ersteres kann, wie oben angedeutet, nur in einer Geschichtsklitterung enden, während der im westlichen Ausland zwar bekannte Bildhauer Brâncuși mit Temeswar kaum in Verbindung zu bringen ist.

Zudem wird das bis jetzt bekannte Programm Temeswar als *der* kosmopolitischsten Stadt im ehemalige Habsburgerreich nicht gerecht: Die nationalen Minderheiten – Ungarn, Serben und Deutsche – die diesen Ruf der Stadt im Laufe der Jahrhunderte prägten, sind in dem Programm nur Randerscheinungen, wie es auch die berühmten Temeswarer Persönlichkeiten sowie die geschichtlichen Höhepunkte – Hauptstadt unter Karl Robert, Aufstand des György Dózsa, die gescheiterte ungarische Revolution 1848/49 vor den Toren der Festung, etc. – sind.

Alles geht mehr oder weniger in einer Selbstberäucherung der *nationalrumänischen* Eliten unter. Es wäre zu hoffen, daß der Magistrat – wie das Rathaus früher bezeichnet wurde – sich darauf besinnt, nicht nur dem Anspruch nach ein *weltoffenes und zugewandtes* Temeswar zu sein erhebt, noch die eine oder andere Stellschraube am Programm justiert.

Hier einige Auszüge aus dem Programm

17. – 19. Februar: Eröffnungsfeierlichkeiten;

18. Februar: Veranstaltung mit Peter Sloterdijk an der West-Universität Temeswar;

Februar bis November: Baumschule: 1306 Pflanzen für Temeswar;

Februar bis November: Parallelstadt Fabrik;

13. – 18. März: WDR Symphonieorchester Köln;

April bis August: Die Parallelstadt Josefstadt;

Juni bis November: Die Parallelstadt Elisabethstadt.

Das Veranstaltungsprogramm auch unter abrufbar:

<https://opening.timisoara2023.eu/momente-importante/>  
<https://opening.timisoara2023.eu/>

(die Google-Übersetzung ins Deutsche ergibt einen vorläufigen Ausblick der Veranstaltungen).

(Bild: die „Lloydzeile“ der Temeswarer, Privataufnahme 2013).

#### Literatur

(über das Banat und Temeswar gibt es zwischenzeitlich unzählige Bücher und Bildbände; anbei nur eine für unser Thema verwendeten zugänglichen Schriften):

Martin Eichler, Dan Leopold Ciobotaru, Martin Rill: Temeswar/Timișoara: Eine Perle des Banats, München 2010;

Dr. Gerhardt Hochstrasser: Der Flussname Temesch in Urkunden, Reiseberichten und auf älteren Karten, in: Temeschburger Heimatblatt 2014, S. 21ff.;

Bernd G. Längin: Unvergessene Heimat Banat: Städte, Landschaften und Menschen in alten Fotos, Bilddokumentation von Hanns-Michael Schindler, Augsburg 2000;

Helmuth Schneider: Das Banat: eine abendländ. Landschaft; Bilder, Geschichte, Erinnerungen, Stuttgart 1986.

Herbert Karl



ist



### Alfred de Zayas: Blaupause für einen Frieden in der Ukraine

01. 01. 2023

## Es gibt ein Menschenrecht auf Frieden

Von ALFRED DE ZAYAS

Zumal immer mehr Politiker und Wissenschaftler weltweit erkennen, dass der Ukraine-Krieg militärisch nicht zu lösen ist und dass es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben kann, müssen wir uns auf Schadensbegrenzung konzentrieren, was einen sofortigen Waffenstillstand bedeutet. Dies ist die einzig vernünftige Politik, die wir verfolgen können und auch von allen Organisationen der Vereinten Nationen vorangetrieben werden sollte, insbesondere von der UN-Generalversammlung, dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte, dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation und anderen.

Es gibt in der Tat ein *Menschenrecht auf Frieden*, zu dessen Einhaltung alle UN-Mitgliedstaaten erga omnes – nach dem Absolutheitsprinzip – verpflichtet sind. Für unser Überleben wäre es von entscheidender Bedeutung, dass die Regierungen das überholte Paradigma der bedingungslosen Kapitulation und „*der Gewinner nimmt alles*“ aufgeben sollten. Die aktuelle Kriegstreiberei der Politiker und die Kriegstrommeln der Mainstream-Medien sind alles andere als „*patriotisch*“. Im Atomzeitalter sollte vielmehr alles getan werden, um Spannungen abzubauen und Brücken für einen Dialog zu bauen.

Mein Plan für den Frieden ist einfach:

1. Ein Waffenstillstand auf der Grundlage der UN-Charta.
2. Ein Verbot von Waffenlieferungen an die Krieg führenden Parteien.
3. Internationale Hilfe von den Vereinten Nationen organisiert für alle Bevölkerungen, die unter Krieg mit Mangel an Energie, Nahrungsmitteln etc. leiden.
4. Von den Vereinten Nationen organisierte und überwachte Referenden auf der Krim und im Donbass.
5. Die Aufhebung aller Sanktionen, welche die Vorteile der Globalisierung zunichte machen, Lieferketten unterbrechen, den internationalen Handel behindern und die Ernährungssicherheit gefährden.
6. Die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsarchitektur für Europa und die Welt.
7. Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, um die Klagen aller Seiten zu wahrzunehmen.
8. Bestrafung für Kriegsverbrechen durch die jeweiligen eigenen Regierungen, z.B. ukrainische Verbrechen würden von ukrainischen Richtern untersucht und verfolgt, russische Verbrechen würden von russischen Gerichten untersucht und bestraft.

Bild: Candice Seplow

Fortsetzung auf S. 7



Fortsetzung von S. 6

### Es steht zu viel auf dem Spiel: Das Überleben des Planeten

Es gibt keine gültige Analyse bzw. eine Zweier-Einteilung der Welt in nur „Gute“ und „Böse“. Es gab schon immer Gutes im Schlechten und Schlechtes im Guten. Eine Schwarz-Weiss-Analyse ist nur möglich, wenn man sich weigert, die Meinungen aller Kriegsparteien und Beobachter von außen, die diese Tragödie mit ansehen müssen, zu berücksichtigen. Die Katastrophe, deren Zeugen wir sind, hat Grundursachen. Wollten wir ein tragfähiges Konzept für den Frieden vorlegen, so dürfen wir es nicht ausschließlich an der „westlichen“ Perspektive festmachen, sondern müssen auch die Sichtweisen von 1,5 Milliarden Chinesen, 1,5 Milliarden Indern, 240 Millionen Pakistanern, 170 Millionen Bangladeschern, 280 Millionen Indonesiern, 220 Millionen Nigerianern, 220 Millionen Brasilianern, 140 Millionen Mexikanern u.a. miteinbeziehen. Zu viel steht auf dem Spiel. Sowohl Amerikaner wie auch Europäer haben kein Recht, das Überleben des Planeten wegen einer innereuropäischen Querele aufs Spiel zu setzen. Für den durchschnittlichen Afrikaner, Asiaten oder Lateinamerikaner ist es völlig unerheblich, ob die Krim zu Russland oder zur Ukraine gehört. Darüber dürfte sich niemals ein Atomkrieg entfachen.

Entscheidend ist, dass wir uns *hier und heute* auf einen Waffenstillstand einigen und Vermittler wie Papst Franziskus einschalten, um konkrete Vorschläge zu erhalten. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hat kürzlich im *Spectator* ein Essay veröffentlichen lassen, in dem er auf ein Ende der Feindseligkeiten durch Verhandlungen drängt und zugleich vor der Gefahr eines Atomkriegs warnt. Er erinnert, dass die US-Regierung im Jahr 1916 einst die Gelegenheit hatte, den Ersten Weltkrieg auf diplomatischem Wege zu beenden, aber dass der vielfach verehrte Woodrow Wilson diese Chance aus innenpolitischen Gründen vermasselte.

Der „Krieg in der Ukraine, in dem zwei Atommächte um ein konventionell bewaffnetes Land kämpfen“, ist eindeutig ein Stellvertreterkrieg, in dem NATO-Länder im vergeblichen Bemühen einem Spielplan folgen, um Russland zu schwächen und einen Regimewechsel herbeizuführen. USA und NATO haben nicht verstanden, dass Russen, sowie sie sich bedroht fühlen, zu Patrioten werden und zu kämpfen verstehen – ganz gleich wie die Chancen stehen. Welche Sanktionen auch immer, diese werden die russische Bevölkerung nicht bewegen, sich gegen Putin aufzulehnen und einen US-freundlichen Zar an seine Stelle zu setzen. Auch 62 Jahre drakonischer Sanktionen gegen Kuba vermochten nicht die kommunistische Regierung in die Knie zu zwingen. Ebenso haben 40 Jahre Sanktionen gegen Nicaragua oder 23 Jahre Wirtschaftskrieg gegen Venezuela die Regierungen unter Chavez bzw. Maduro nicht zu Fall bringen können. Im Gegenteil, bis heute genießen diese linksgerichteten Regierungen beträchtliche Unterstützung in der Bevölkerung. Wie ich während meiner offiziellen UN-Mission in Venezuela erfahren konnte, macht die große Mehrheit der Venezolaner nicht Maduro, sondern die USA für ihre Probleme verantwortlich.

### Die Vorschläge von Henry Kissinger

Natürlich können wir nicht in die Welt vor dem 24. Februar 2022 einfach zurückkehren. Zu viel Blut ist geflossen. Gemäß Henry Kissinger sollte jeder „Friedensprozess“ die Ukraine „an die NATO binden, wie auch immer formuliert“, indem er mittlerweile die ukrainische Neutralität nicht mehr als Option ansieht. Jene war noch im März 2022 die bevorzugte Lösung, als die Türkei versuchte ein Friedensabkommen zu vermitteln, das von den USA und dem Vereinigten Königreich torpediert wurde: Letztere bestanden darauf, den Krieg bis zum „Sieg“ über Russland fortsetzen zu lassen und die Ukrainer als Kanonenfutter zu missbrauchen.

Kissinger schlägt vor, dass sich Russland auf die Linien vor dem 24. Februar 2022 zurückzieht, während die Gebiete, die die Ukraine beansprucht – Donezk, Lugansk und die Krim – nach einem Waffenstillstand Gegenstand von Verhandlungen würden. Ich hege diesbezüglich meine Zweifel: Denn, nach dem Beschuss dieser Gebiete seit 2014 durch die Ukraine hat sich gehöriger Hass gegen das ukrainische Vorgehen aufgestaut, so dass eine Wiedereingliederung dieser Gebiete in die Ukraine undenkbar scheint. Es könnte so zu einem Bürgerkrieg, ja sogar einem Guerillakrieg kommen. Im Grunde genommen obläge es den Bevölkerungen, nach ihrem nachweislich geäußerten Willen, diese Sache vor Ort zu entscheiden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Art. 1, 55, Kapitel XI und XII UN-Charta) wurde im Artikel 1 des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* festgelegt und hat sowohl von der Ukraine als auch Russland respektiert zu werden. Natürlich könnte die UNO auch Referenden zur Selbstbestimmung organisieren, die international zu überwachen wären. Doch die UNO versagte schon im Jahr 1991 gegenüber Ukraine und Russland, indem sie keine Referenden in den von Russen bevölkerten Gebieten organisierte, nachdem sich die Ukraine von der Sowjetunion einseitig abgespalten hatte sowie auch nach dem antirussischen Staatsstreich im Jahr 2014 im Zuge des Maidan, der den rechtmäßigen demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, stürzte. Ein Referendum im Jahr 2014 hätte die Tragödie, wie wir sie heute miterleben, definitiv verhindern können.

Fortsetzung aus S. 8

Fortsetzung von S. 7

Inzwischen sollte jedem klar sein, dass die russischen Bevölkerungen der Krim, wie von Donezk und Lugansk gegen einen solchen Vorschlag rebellieren würden, wie auch die Kosovaren einer Wiedereingliederung in Serbien niemals zustimmen würden. Unklar ist, wie die Bevölkerungen von Gebieten, wie um Cherson oder Saporischschja abstimmen würden, in denen eine russische Mehrheit weniger ausgeprägt scheint. Russland wird sich niemals auf die Linie vor dem 24. Februar 2022 zurückziehen, denn es ist mit gutem Grund der Ansicht, dass die Menschen dieser Gebiete sich in großer Gefahr befanden und ein Recht auf Schutz besitzen. Ich persönlich halte nichts von der so genannten Doktrin der „Schutzverantwortung“<sup>[1]</sup>. Doch, falls R2P (*Recht zu Schützen*) eine Legitimation erhielte, könnten sich die Russen darauf berufen.

### Eine neue globale Sicherheitsstruktur ist aufzubauen

Es sollte eine neue europäische und globale Sicherheitsarchitektur aufgebaut werden, die den legitimen Sicherheitsbedürfnissen aller in der Region lebenden Menschen Rechnung trägt. Die Unabhängigkeit der Ukraine muss garantiert werden, sowie natürlich auch die Unabhängigkeit Russlands.

Die vielen Hindernisse für einen Frieden in der Ukraine, sind vor allem auf die unnachgiebige Haltung der meisten NATO-Staaten zurückzuführen, die bis heute nicht anerkennen, dass die NATO-Osterweiterungen entgegen den getroffenen Vereinbarungen aus den Jahren 1989/91 von Russland als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wurden und früher oder später Russland zur Reaktion zwangen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Russland von 2014 bis 2022 an den Minsker Vereinbarungen mitwirkte bzw. an OSZE-Treffen und am Normandie-Format teilnahm. Es muss anerkannt werden, dass Russland im Einklang mit Artikel 2 Absatz 3 der UN-Charta gehandelt bzw. acht Jahre lang versucht hatte, die durch den Putsch im Zuge des Maidan 2014 entstandenen Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen. Leider war es die Ukraine, die unterstützt von den USA und dem Vereinigten Königreich, sich weigerte, die Minsker Vereinbarungen und das Selbstbestimmungsrecht der russischen Bevölkerung in der Ukraine umzusetzen. Die beiden unterbreiteten Vertragsvorschläge von Außenminister Lawrow im Dezember 2021 waren moderat und boten eine gute Diskussionsgrundlage. Diese Verträge hätten Russland die nationalen Sicherheitsgarantien, auf die es Anspruch hat, geben und einen nachhaltigen Frieden zwischen Russland und der Ukraine möglich machen können. Leider wurden diese Vorschläge vom NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf arrogante Weise zurückgewiesen.

Das Problem heute ist, dass sich viele Vertreter des Westens „ein durch Krieg ohnmächtig gemachtes Russland“ wünschen. Doch solche Leute kennen Russland, das russische Volk und seine Geschichte nicht. Sie sind die Opfer antirussischer Propaganda, die in den westlichen Medien omnipräsent ist und nur während der Gorbatschow-Jahre Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre etwas abflaute, doch schnell wieder hochkochte, nachdem die NATO zu ihrer Existenzberechtigung nach einem „Feind“ suchte. Es begann unter US-Präsident Bill Clinton und wir erleben heute Auswüchse ungezügelter Russophobie in Mainstream-Medien, Talkshows und Hollywood. Diese Art von Xenophobie ist zwar nach Artikel 20 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* verboten, aber viele Menschen kennen die Existenz dieses ICCPR-Pakts nicht. Ich erinnere mich an die antirussische Hetze zur Zeit des georgischen Einmarsches in Südossetien, an die hasserfüllten Artikel gegen russische Sportlerinnen und Sportler während der Olympischen Winterspiele in Sotchi Anfang 2014 kurz vor dem Coup d'État im Zuge des Maidan. Es scheint, als ob die Medien die amerikanische und europäische Öffentlichkeit bereits darauf vorbereiteten, Russen zu hassen, um den *Putsch* und die anschließenden antirussischen Maßnahmen des *Coup d'État*-Parlaments besser rechtfertigen zu können.

Als UN-Beamter hatte ich Gelegenheit, die russische Sprache zu erlernen und mein Befähigungs-Zertifikat zu erwerben. Seitdem bin ich dankbar für die neu erworbene Fähigkeit, um Puschkin, Lermontow, Tolstoi, Dostojewski und Turgenjew im Original lesen zu können. So hatte die Gelegenheit, Russisch für das *Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte* bei zahlreichen Missionen in baltischen Staaten und Russland sowie 1994 bei zwei Missionen in der Ukraine zur Beobachtung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu verwenden. Ich freue mich, eine beträchtliche Anzahl von Russen in Russland und der Diaspora sowie von Ukrainern in der Ukraine und der Diaspora zu kennen, von denen ich einige als Freunde betrachte. Als Historiker bemühe ich mich, die russische Psyche zu verstehen und mich in deren Lage zu versetzen. Henry Kissinger erinnert uns an die „historische Rolle“ Russlands für Europa und warnt davor, der Schimäre einer „Demontage“ Russlands nachzugehen, die sein riesiges Territorium in ein „umkämpftes Vakuum“ verwandeln und endlose Kriege zwischen konkurrierenden Völkern nach sich ziehen würde. In Anbetracht tausender Atomwaffen in der Region wäre dies ein Rezept für die universelle Apokalypse.

Fortsetzung auf S. 9



Fortsetzung von S. 8

### Alle Seiten begingen Kriegsverbrechen

Die Mainstream-Medien im Westen gießen weiterhin Öl ins Feuer, indem sie Berichte über angebliche russische Kriegsverbrechen – ob nachprüfbar oder nicht – maximieren. Es besteht kein Zweifel, dass russische Soldaten in der Ukraine Gräueltaten begingen, so wie auch die NATO-Streitkräfte in Afghanistan, im Irak, in Abu Ghraib, in Guantanamo und anderswo. In meinem Buch *The Wehrmacht War Crimes Bureau* (University of Nebraska Press, 1980[2]) habe ich Gräueltaten dokumentiert, die sowohl russische als auch ukrainische Soldaten während des Zweiten Weltkriegs an Jugoslawen, Polen, Ungarn und Deutschen begangen hatten. Natürlich haben auch Russen Verbrechen begangen. Doch, alle Seiten begingen sie: Wir sollten uns jedoch nicht auf das Primat der Bestrafung bzw. das der Kriegsverbrecherprozesse fixieren, denn die Erfahrung lehrt, dass Kriegsverbrecherprozesse nur zu realisieren wären, nachdem eine bedingungslose Kapitulation der Besiegten stattgefunden hätte, wie beispielsweise im Jahr 1945, nachdem Deutschland und Japan kapituliert hatten.

### Russland würde auf einen nuklearen Präventivschlag reagieren

Das Szenario ist heute ein ganz anderes, denn es besteht keinerlei Chance, dass Russland jemals kapitulieren würde. Falls die Eskalation der Spannungen und die Propaganda weitergingen, wächst die Gefahr, dass jemand von der NATO einen „nuklearen Präventivschlag“ gegen Russland vorschlagen könnte. Falls sich Russland jedoch existenziell bedroht fühlte, würde es sein riesiges Atomwaffenarsenal gegen den Westen einsetzen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Ozeane voller NATO- und russischer U-Boote sind und alle mit Atomwaffen bestückt. Wir dürfen daher keine nukleare Konfrontation provozieren, die sehr wohl alles menschliche und tierische Leben auf unserem Planeten auslöschen würde.

Der gesunde Menschenverstand sagt, dass wir Spannungen abbauen und versuchen sollten, einen Kompromiss – sprich einen *Modus Vivendi* – anzustreben, auch wenn es viele Jahre dauern dürfte, bis die Beziehungen zwischen NATO-Staaten und Russland wieder zu einer respektvollen Koexistenz zurückkehrten.

Bei den Prozessen in Nürnberg und Tokio 1945–48 waren die Besiegten den Siegern ausgeliefert (*vae victis* – *wehe den Besiegten*), und die Prozesse in Nürnberg und Tokio wurden mit der Arroganz von Macht geführt. Sicherlich hatten sich viele der Verurteilten grausamer Verbrechen schuldig gemacht. Aber einem „*Siegertribunal*“ fehlt es oftmals an Legitimität: Um für „*Gerechtigkeit*“ zu stehen, muss ein Tribunal alle bestrafen, die gegen Gesetze verstießen: Es darf sich nicht nur auf die Besiegten konzentrieren, doch die Sieger völlig ungestraft davonkommen lassen. Wollte das Nürnberger Tribunal Anspruch auf Glaubwürdigkeit legen, hätte es die Sowjets für ihre mehrfachen Massaker an religiösen Minderheiten und die Ermordung von 15.000 polnischen Kriegsgefangenen in Katyn und anderen vor Gericht stellen müssen. Es hätte auch die USA und das Vereinigte Königreich für ihre vorsätzlichen Terrorbombardierungen von Bevölkerungszentren verurteilen müssen, bei denen schätzungsweise 600.000 Menschen getötet wurden. „*Bomber Harris*“ wäre sicherlich gehängt worden. Auch die „*Sprenger der Staudämme*“ hätten einen Platz auf der Anklagebank gefunden. Wollte das Tribunal von Tokio Anspruch auf historische Seriosität erheben, hätte es die USA für ihre rücksichtslose Seekriegsführung und systematische Erschießung japanischer Schiffbrüchiger vor Gericht stellen (wie in UN-Marineberichten festgehalten), hätte es britische Soldaten für die Ermordung japanischer Kriegsgefangener in Südostasien vor Gericht stellen (was in den britischen Parlamentsdebatten ausführlich diskutiert wurde) und es hätte auch die Besatzung der *Enola Gay*, welche die erste Atombombe auf die unglückliche Bevölkerung von Hiroshima abwarf – historisch gesehen eines der größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts – vor Gericht stellen müssen.

Brauchen wir ein internationales Tribunal, um Putin, Selenskyj, Stoltenberg, Mitglieder des Asow-Bataillons, Söldner und andere rücksichtslose Kämpfer verurteilen zu lassen? Nein: Ermittlungen und Prozesse sollten nur von den betroffenen Ländern selbst durchgeführt werden. Die Ukrainer haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Disziplin innerhalb ihrer Einheiten. Das Gleiche gilt für die Russen. Ein internationales Tribunal würde die Angelegenheit nur politisieren. Alle Staaten, welche den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 beigetreten sind, verpflichteten sich dazu, ihre eigenen Täter vor Gericht zu bringen. Hierauf wäre der Fokus zu legen.

### Mit Weisheit und Gelassenheit könnten wir es schaffen

Welche historischen Präzedenzfälle für große Kriege gibt es, die mit Amnestien [3] endeten? Zu viele, um sie aufzuzählen. Lassen Sie mich mit dem Dreißigjährigen Krieg (1618–48) beginnen, der etwa 8 Millionen Europäer auslöschte. Interessanterweise wurden trotz der ungeheuerlichen Gräueltaten keine Kriegsverbrecherprozesse angestrengt, und in den Verträgen von Münster und Osnabrück aus dem Jahr 1648 wurden keinerlei Strafmassnahmen festgelegt. Im Gegenteil, Artikel 2 der beiden Verträge sieht eine Generalamnestie vor. Es war zu viel Blut geflossen – Europa brauchte eine Ruhepause und die „*Bestrafung*“

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9

wurde Gott überlassen: „Es soll auf beiden Seiten eine ewige Vergebung, Amnestie oder Begnadigung von allem, was begangen worden ist, geben ... in der Weise, dass keine Körperschaft . . . Feindschaft üben, Feindschaft unterhalten oder sich gegenseitig Unannehmlichkeiten bereiten soll.“ [4] Der Westfälische Friede von 1648 ist als Meilenstein des Völkerrechts und vernünftiger Versuch, eine europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, in die Geschichte eingegangen [5].

Wir können auch auf Artikel 3 des Friedensvertrags von Rijswijk (1697) verweisen, der eine Amnestie für die Soldaten der französischen und britischen Monarchie vorsah.

Artikel XI der Schlussakte des Wiener Kongresses (1815) sah eine Amnestie trotz all der Gräueltaten der napoleonischen Kriege vor.

Kapitel II des Abkommens von Evian aus dem Jahr 1962, das den grausamen algerischen Unabhängigkeitskrieg beendete, sah ebenfalls eine Amnestie für beide Seiten vor.

Zugegeben, die heutige Welt bevorzugt das Konzept der „Amnestie“ nicht, doch scheint süchtig nach Rache. Das ist ziemlich gefährlich und wir tanzen am Rande eines Vulkans.

Mit Weisheit und Gelassenheit könnten wir es schaffen zu überleben, um eines Tages mit Vergil zu sprechen: „*forsan et haec olim meminisse iuvabit – daran werden wir uns einmal gerne erinnern*“. Vor allem, wenn unsere Politiker Umsicht und Weisheit walten liessen und es schafften, die Welt vor einem Armageddon zu bewahren. Sicherlich klingt das wie ein Ausdruck von Stoizismus und Ästhetizismus, aber welche Möglichkeiten haben wir?

Quellen

[1] Siehe die Diskussion über R2P in para. 32 meines Berichts an den Menschenrechtsrat 2018: [undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FHRC%2F37%2F63&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False](https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FHRC%2F37%2F63&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False)

Siehe die Debatte in der Generalversammlung vom 23. Juli 2009, die in meinem Bericht an die Versammlung 2012 (A/67/277) zusammengefasst ist. Entgegen einiger Trends und Wahrnehmungen hat die Idee der Schutzverantwortung, die in der Resolution 60/1 der Generalversammlung (Ergebnis des Weltgipfels 2005) enthalten ist, das in der Charta verankerte Völkerrecht der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten nicht ersetzt. Bei der Schutzverantwortung handelt es sich nicht um eine *lex specialis*, die von Artikel 2 Absätze 3, 4 und 7 oder einer anderen Bestimmung der Charta abweicht. Der Grundsatz der Nichteinmischung bleibt weiterhin gültig und wird in zahlreichen Resolutionen der Versammlung und des Menschenrechtsrates bestätigt. Daher kann die Schutzverantwortung weder die Charta umgehen noch Säbelrasseln oder Propaganda für den Krieg betreiben. In der Plenardebatte über die Schutzverantwortung nannte der Präsident der Versammlung vier Leitfragen, die darüber entscheiden sollten, ob und wann das System der kollektiven Sicherheit die Schutzverantwortung in Anspruch nehmen kann: (a) Gelten die Regeln grundsätzlich, und ist es wahrscheinlich, dass sie in der Praxis auf alle Staaten gleichermaßen angewandt werden, oder liegt es in der Natur der Sache, dass das Prinzip nur von den Starken gegen die Schwachen angewandt wird? (b) Wird die Annahme des Prinzips der Schutzverantwortung in der Praxis der kollektiven Sicherheit die Achtung des Völkerrechts eher stärken oder untergraben? (c) Ist die Doktrin der Schutzverantwortung notwendig und garantiert sie umgekehrt, dass die Staaten eingreifen werden, um eine weitere Situation wie die in Ruanda zu verhindern? (d) Ist die internationale Gemeinschaft in der Lage, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die dieses Recht missbrauchen könnten?

[2] Siehe wissenschaftliche Rezensionen auf meiner Webseite [www.alfreddezayas.com/books.shtml](http://www.alfreddezayas.com/books.shtml)

[3] Alfred de Zayas, „Amnestieklausel“ in Rudolf Bernhardt (Hrsg.) *Encyclopedia of Public International Law*, Bd. I, North Holland, Amsterdam, 1992, S. 148–151.

[4] [avalon.law.yale.edu/17th\\_century/westphal.asp](http://avalon.law.yale.edu/17th_century/westphal.asp)

[5] Alfred de Zayas, „Westphalia, Peace of“ in Bernhardt, *Encyclopedia of Public International Law*, vol. IV, pp. 1465–1469, North Holland, Amsterdam, 2000.

Übersetzung aus dem Englischen UNSER MITTELEUROPA:

<https://unser-mittleuropa.com/alfred-de-zayas-blaupause-fuer-einen-frieden-in-der-ukraine/>



**Zum Autor:** Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zehn Büchern, darunter „Building a Just World Order“ (Clarity Press, 2021).



## Bertha von Suttner: Der Weg zur Friedensbewegung vor der Haager Friedenskonferenz

### Teil 2

Die Friedensbewegung war, wie schon gesehen, somit vielfältig und -seitig, aber dementsprechend auch zersplittert, da hörte Bertha von Suttner

*„von einem Aufruf Hedgson Pratts, »eine große, in allen europäischen Städten verzweigte Liga zu bilden« mit der Aufgabe, die Bevölkerung aufzuklären und für die Ideen der Friedensbewegung zu gewinnen, um so weitere Kriege »durch die unwiderstehliche Gewalt einer hinreichend unterrichteten und energisch organisierten öffentlichen Meinung« zu verhindern“ (Hamann, S. 88; Rekurs auf: Memoiren, S. 177).*

Es wurde entsprechend die Einrichtung eines *internationalen Schiedsgericht* vorgeschlagen.

Frau von Suttner war durch diesen Aufruf hell begeistert; sie war es gewohnt, alles in Büchern aufzuzeichnen. Da sie gerade ihr neuestes Buch *Das Maschinenzeitalter* korrigierte, fügte sie hier noch ein Kapitel über die *internationale* Friedensbewegung hinzu. Darin ging hervor, daß im Gegensatz zur Friedensliebe des Volkes:

*„»der Militarismus . . . im Maschinenzeitalter eine solche Höhe und Blüte erreicht, wie im Mittelalter die Kirchenmacht . . . ein Zusammenbruch des anwachsenden Wehrwahnsinns in kurzer Frist war unvermeidlich . . . Aller Reichtum, alle Volkskraft, alles Leben nur auf ein Ziel – Vernichtung – hingelenkt: ein solches System muß endlich entweder die Menschheit oder sich selber vernichten«“ (Hamann, S. 88; Rekurs auf: Maschinenzeitalter, S. 309f.).*

Weiter wies sie auf die Wirkungen der modernen Waffen hin, eine Begründung, die noch eine besondere Rolle – ehrlich oder weniger ehrlich vorgetragen – spielen wird:

*„»In einem künftigen europäischen Krieg konnte das gleiche Quantum von Tötung, Verwüstung und Verwilderung angehäuft werden, wie solche in hundert Schlachten des Altertums nicht enthalten waren«, und führte weiter aus: »Statt des Speers, der eine kleine Strecke weit fliegt, statt der späteren Flintenkugel, die auf einige hundert Meter den Gegner traf, sausen jetzt die todbringenden Bomben in Meilenweite durch den Raum; noch lange, ehe die beiden Gegner einander sehen können, bedeckt die Vorhut schon das Feld«“ (Hamann, S. 88; Rekurs auf: Maschinenzeitalter, S. 309f.).*

Diese längeren Zitate geben die seinerzeitige – 1888/89 – Stimmung wieder. Der junge deutsche Kaiser wurde von der westlichen Medienlandschaft – von den liberalen Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mehr oder weniger befeuert – bereits am Anfang seiner Regierungszeit als eine Bedrohung angesehen.

Die neueste Historiographie macht sich nicht die Mühe, die französischen und britischen Hinterhältigkeiten zu durchleuchten; auch die ansonsten gut informierte Frau Hamann sieht sich gemüßigt, hierzu zu schreiben:

*„In Deutschland kam nach der 99-Tage-Regierung des liberalen krebserkrankten Kaisers Friedrich III. im Juni 1888 der damals 29-jährige Wilhelm II. an die Regierung, mit markigen Sprüchen und Drohgebärden gegen den Erzfeind Frankreich“ (Hamann, S. 88f.).*

Der französische Kriegsminister Georges Boulanger (1837 – 1891), auch ‚Général Revanche‘ genannt, rief lautstark nach Rache, Vergeltung für die Verluste aus dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, was ihm ein sehr gutes Wahlergebnis bescherte. Dies alles erlebte Bertha von Suttner ganz hautnah in den Pariser Salons. Zudem spitzte sich die unterschiedliche Interessenslage zwischen Rußland und Österreich-Ungarn auf dem Balkan immer mehr zu: „Die Angst vor einem großen Krieg ging um, und die Warnungen Suttners vor dem Ungeheuer Militarismus stellten keinen Einzelfall dar“ (Hamann, S. 89).

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

In ihrem Einsatz gegen Krieg setzte Frau von Suttner auf die Sozialdemokraten,

*„denn auf deren Programm stehe »die Völkerverbrüderung obenan; und die Bebel, die Liebknecht in Deutschland – die Führer der Partei in anderen Ländern – haben begeistert für die Idee des Völkerfriedens gewirkt.«“ (Hamann, S. 89).*

Entsprechend müßte, so Bertha von Suttner, Druck auf die Machthaber – Monarchen und Parlamente – gemacht werden. Sie differenziert dabei zwischen den Maximalforderungen der Friedensbewegung und den Forderungen der Sozialdemokraten, bei denen der Erhalt des Friedens nur ein »Nebenparagraph des Parteienprogramms« sei:

*„Die Friedensfreunde wollten nicht »erst einen neuen Staat schaffen, in welchem, neben anderen Dingen, auch der Militarismus fallen sollte, sondern aufgrund der gegenwärtigen und gegebenen Zustände wollten sie allein ein Übel – in ihren Augen das größte Übel – abschaffen helfen.«“ (Hamann, S. 89; Rekurs auf: Maschinenzeitalter, S. 322).*



Bertha von Suttner setzte sich mit dem Roten Kreuz – von Henri Dunant 1864 gegründet – auseinander: In ihren Recherchen studiert sie auch dessen Forderungen sowie die Berichte Florence Nightingales zum Krimkrieg 1854 (Hamann, S. 89).

*Das Maschinenzeitalter* Suttners hatte einen großen Erfolg, der auch dem geschickten „Werbetalent“ der Autorin zu verdanken war: So forderte sie den österreichischen Reichsratsabgeordneten Bartholomäus von Carneri (1821 – 1909) schlicht auf, ihr Buch in einer Reichsratsrede zu erwähnen:

*„»Dann geht’s durch alle Blätter, durch Gast- und Kaffeehauskannegießereien – der Name des Buches oder die zitierte Stelle wird zum geflügelten Wort und die Popularität ist da.« Als Beispiel nannte sie Nordaus »Konventionellen Lügen«, die nach einer Erwähnung im Parlament bereits in der 15. Auflage erschienen waren“ (Hamann, S. 90; Rekurs auf: Schreiben an Carneri vom 11.11.1889).*

Kämpferisch gab sich Frau von Suttner als Moritz Necker im *Neuen Wiener Tagblatt* schrieb, sie renne mit ihrer Friedensidee offene Türen ein: Sie

*„widersprach ihm energisch: »Ich wollte, es wäre so – aber der Militarismus, den ich zu bekämpfen suchte, ist in unserer Zeit keine eingerannte Tür – sondern – dem Genius der Menschheit sei es geklagt – noch ein zehnfach verrammeltes Festungstor.«“ (Hamann, S. 90; Rekurs auf: Staatsbibliothek Handschriftensammlung, 10.5.1890).*

Zu dem großen Erfolg ihres Werkes *Das Maschinenzeitalter* führte auch, daß von Suttner hier kein im heutigen Sinne *Sachbuch* geschrieben hat, sondern ein das seinerzeit so beliebte Format eines auch die Masse der Lernerinnen ansprechenden *Frauenromans* wählte.

Das Buch *Die Waffen nieder!* hingegen wird bewußt autobiographisch gehalten. Es ist die Geschichte einer Dame aus den Reihen des Adels, deren Schicksal durch Kriege bestimmt war: Bei Solferino in Oberitalien stirbt 1859 ihr erster Ehemann Mathias; im deutsch-dänischen Krieg 1864 bangt sie um das Leben ihres „zweiten Ehemanns ( Baron Tilling - ein Porträt des geliebten Arthur);“ ebenso im deutschen Krieg 1866. Dieser Romanheld wird als Deutscher 1870 von französischen Nationalisten erschossen in Paris (Hamann, S. 90f.).

Für diese Werke nahm Bertha von Suttner umfangreiche Recherchen in diversen Zeitungen sowie in Geschichtswälzern vor. Im Gegensatz zu diesen schildert sie nicht die Verklärung der Schlachten, sondern stellt das menschliche Leiden und das Elend auf den Schlachtfeldern in den Vordergrund.

#### Literatur

Brigitte Hamann: Bertha von Suttner: Kämpferin für Frieden, Bildauswahl und Redaktion von Brigitte Hamann, Wien 2013.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



## Der Frieden von Brest-Litowsk und seine Folgen

### Teil 3

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk folgte fast auf dem Fuße der Frieden der Mittelmächte mit Rumänien in Bukarest am 7. Mai 1918. Dabei ging es dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn eher um die wirtschaftlichen Vorteile und vor allem um den Zugriff und die Absicherung der Rohöl- und Getreidelieferungen; Erdmann schreibt: Es ging um „handelspolitische Vorteile im Sinne der Mitteleuropaidee“ (S. 218).

Diese deutschen Forderungen „entsprachen doch auch zugleich einem neuen politischen Ordnungsbild“ (Erdmann, S. 218), sie lohnen einer näheren Betrachtung, denn dieses Konzept geisterten seit geraumer Zeit in den Köpfen deutscher Politiker, entsprach somit auch den Vorstellungen der Mitglieder der deutschen Delegation bei den Friedensgesprächen.

Dieses von Friedrich Naumann, einem der Gründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – er ist auch Namensgeber der heutigen FDP-nahen *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit(!)* –, im Oktober 1915 publizierte Konzept:

*„Ausgehend von der Einheit des Raumes zwischen Weichsel und den Vogesen, von Galizien bis zum Bodensee, wollte er diesen Raum mit dem dauernden festen Kern des deutsch-österreichischen Bündnisses als wirtschaftliche Einheit zu einer politischen Föderation entwickeln. Diese Gedanken waren eine moderne Erneuerung von Ideen, wie sie zuerst von Friedrich List, später von den Großdeutschen in der Frankfurter Nationalversammlung und auch von Konstantin Frantz vertreten worden waren“ (Erdmann, S. 139).*

Schon vor Kriegsbeginn hatte der spätere Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, versucht, Reichkanzler Theobald von Bethmann Hollweg für diesen Entwurf zu gewinnen: Diese Forderungen

*„entsprachen den besonderen Bedingungen des ostmitteleuropäischen Raumes mit seiner ethnischen Verzahnung und Gemengelage besser als der westeuropäische Nationalstaatsgedanke“ (Erdmann, S. 139).*

Dieses ökonomische und politische Konzept einer Zollunion mußte mit den Pariser Friedensverhandlungen 1919 begraben werden. Vor allem Polen und Tschechen, aber auch die Südslawen waren von den medial propagierten Gebietsgewinnen durch die Alliierten, die auch unter dem Schlagwort der *Selbstbestimmung* vorgetragen wurden, geblendet und unterwarfen sich letztendlich dem liberal anmutendem angelsächsischen Freihandelskonzept.

Andererseits sah der Bukarester Friedensabschluß für Bulgarien den Gewinn der Dobrudscha vor. Allerdings konnte Bulgarien nach heftigem Widerstand des türkischen Verbündeten *nur* den südlichen Teil dieser Region am Schwarzen Meer erhalten:

*„Eine tiefe Verstimmung gegenüber Österreich und Deutschland blieb in Sofia zurück, eine folgenreiche Belastung für die Zukunft“ (Erdmann, S. 218).*

Die 1918 festgefahrene deutsche Frühjahrsoffensive im Westen leitete die Niederlage der Mittelmächte ein; Bulgarien fiel für die Verbündeten aus und kappte damit auch die Landverbindung zum Osmanischen Reich. Der Gebietsgewinne sowie die ökonomische Beherrschung des Osten und Südosten Europas der Mittelmächte aus den Friedensabkommen von Brest-Litowsk und Bukarest wurden in Paris kassiert. Die Mitteleuropaidee wurde begraben.

Eine deutsch-österreichische Zollunion Anfang der 1930er Jahre scheiterte am Widerstand Frankreichs. Die nach den Umbrüchen in Osteuropa in den 1990er Jahren aufgelegte Visegrád-Gruppe: Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn war – ohne Österreich und Deutschland – nur ein Abklatsch dieses Mitteleuropakonzeptes. Auch hier hinterläßt der Krieg um die Ukraine ihre Spuren und spaltet die teilnehmenden Staaten.

### Literatur

Karl Dietrich Erdmann: Der Erste Weltkrieg, herausgeg. von Herbert Grundmann, (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte), 9., neu bearbeitete Aufl., München 1980.

*Herbert Karl*

## Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

### Zulauf zur BRICS

#### *Alternativer Staatenbund entwickelt sich zunehmend zu einem militärischen Gegengewicht gegenüber den USA*

Der Staatenbund BRICS, ein 2006 unter russischer Vermittlung geschaffenes globales Gegenbündnis zum Westen mit den Gründungsmitgliedern Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika, bekommt illustren Zulauf: Wie der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa im Oktober mitteilte, bekundete das weiterhin beachtlich öl- und gasreiche, aber zuletzt vor allem durch Modernisierungspläne des Kronprinzen Mohammed bin Salman weithin glänzende und sich dabei sowohl militärisch wie politisch aus der Kontrolle durch die USA befreiende Königreich Saudi-Arabien sein Interesse an einer Mitgliedschaft.

Am 7. November tat es ihm laut einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur TASS Algerien gleich: Das riesige nordafrikanische Land verfügt neben einer machtvollen Armee über gewaltige Gasreserven quasi an der Grenze zu Europa, auf die der von den USA zu einem Verzicht auf russischen Ressourcen genötigte Kontinent zunehmend begierig schielt.

Gegenüber China haben im Sommer auch Argentinien und der Iran einen Beitrittsantrag gestellt. Das Ansinnen der Südamerikaner erfuhr dabei bisher eine klare Unterstützung Chinas, Rußlands, Indiens und Brasiliens, jenes der Perser eine informale, aber klare von Seiten Chinas und Rußlands.

Auch Ägypten und die Türkei ließen ihr Interesse durchblicken und bereiten zur Zeit einen formalen Beitrittsantrag vor. Algerien, Argentinien, Ägypten und der Iran sind bereits jetzt Mitglieder im erweiterten Format BRICS+, zu dem außerdem geopolitische Schwergewichte wie Indonesien, Malaysia, Kasachstan, Usbekistan und Äthiopien sowie zudem Kambodscha, Senegal, Thailand und Fidschi gehören.

Eine Aufnahme erfordert die Akzeptanz aller bisherigen Mitglieder, wobei sich angesichts des allgegenwärtigen westlichen Ausgreifens auch schon bisher frühere Antagonisten zu einem solchen Zweck auf kaum für möglich gehaltene Modi Vivendi einigen konnten. Das wachsende Bündnisystem schließt dabei zumindest bi- und trilateral immer stärker auch militärische Komponenten ein: Lawrow etwa empfing am 8. November zum fünften Mal in diesem Jahr den indischen Außenminister Su-rahmanyam Jaishankar und vereinbarte dabei eine gemeinsame Waffenentwicklung, mit der sich Indien wohl endgültig aus seiner jüngsten Verortung im indo-pazifischen Netzwerk der USA herauslösen dürfte.

Der andauernde Verweis angelsächsischer Denkfabriken auf divergierende Interessen der einzelnen BRICS-Mitgliedsstaaten gewinnt daher immer mehr den Charakter eines Pfeifens im Walde: Schon die Kernmitglieder verfügten über rund 27% der Landfläche und 41% der Bevölkerung des Globus sowie ein rasch wachsendes bisheriges Viertel des Bruttoweltprodukts: Das bisherige globale Schalten und Walten der USA erfährt mit jedem weiteren Beitritt eines rohstoff-, bevölkerungs- oder flächenreichen und dabei wie im Falle der aktuellen Kandidaten zudem militärisch höchst potenten Neumitglieds eine immer weniger wegzudiskutierende Gegenmacht.

\*\*\*\*\*

### EU-Zentralasien-Gipfel

In Astana fand eine sog. „Konnektivitätskonferenz“ zwischen der EU und den Staaten des ehemals sowjetischen Teils Zentralasiens statt. Die Teilnehmerländer waren dabei i. d. R. hochkarätig, nämlich durch ihre Außenminister und / oder Regierungschefs vertreten.

Bei einer ähnlichen Konferenz lag im Vorjahr die Organisation noch in den Händen der Zentralasiaten, die auch China und Rußland einluden – sehr zum Mißfallen des EU-Chefdiplomaten Josep Borrell, der aber immerhin die Hauptrede halten durfte. Dieses Mal lag die Organisation bei der EU, und Borrell als politisch Verantwortlicher sah in typischer Falkenmanier von einer Einladung der östlichen Gegenspieler Brüssels ab, die damit vor der Tür blieben.

Während sich die turkestanischen Staatsführungen bezüglich der Ergebnisse des Gipfels bedeckt hielten, reklamierte ihn Borrell als vollen „Erfolg für Europa“: Die Zentralasiaten seien insbesondere an einer „alternativen“ Verkehrsverbindung zwischen Europa und Ostasien interessiert gewesen, welche Rußland umgehen würde. Den dafür gewünschten „Mittleren Korridor“ wollten sie „durch das Kaspische Meer und direkt in den Kaukasus“ führen.

Daß dies in jedem Fall noch keine befriedigende Lösung darstellt, verschwieg der Diplomat freilich: Eine Güterumladung zwischen Land- und Seeverkehr am Kaspischen sowie dann nochmals am Schwarzen Meer wäre aufwendig und teuer, und eine partielle Streckenführung über Land von der kaspischen Westküste über die Türkei, für die Kasachstan kurz zuvor Verträge mit Ankara abgeschlossen hatte, führt geographisch wie politisch über zumindest potentiell schwieriges Terrain.

Eine Umgehung Rußlands, das nun einmal verkehrstechnisch mitten zwischen Europa und Asien liegt, läßt sich eben leichter politisch fordern als in wirtschaftlicher Form technisch umsetzen. Eines ist dennoch sicher: Eine engere Beziehung nach Zentralasien und dabei besonders nach Kasachstan liegt im elementaren Interesse Europas, vor allem aber der deutschen Länder.



### Dr. phil. Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten

#### Teil 7: Publizist nach 1945

Erst in den 1960ern trat Rudolf Hollinger, wie erwähnt, verstärkt als Publizist in der Öffentlichkeit auf: Dennoch waren diese Jahre nach Kriegsende in »innerer Emigration« nicht unproduktiv. Intensiv widmete er sich seinem großem Vorhaben, einer *Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart* das „von Fachleuten Lob und Anerkennung erntete und zum Teil als Vorlesungen an der Universität Temeswar an die Öffentlichkeit gelangte.“ Seine umfangreiche *Faust-Interpretation* bleibt offensichtlich nicht abgeschlossen (Dama, Heimatblatt, S. 45).

Anlässlich des 140. Todestags Johann Wolfgang v. Goethes erschien in der Bukarester Kulturzeitschrift *Volk und Kultur* der Beitrag *Faust – die dichterische Allegorie eines exemplarischen Lebens*. Im gleichen Kontext erschien in der landesweiten deutschen Tageszeitung *Neuer Weg* der Artikel mit der rhetorischen Frage: *Stehen wir noch zu Faust? Oder steht Faust zu uns? 140 Jahre nach dem Tode J. W. v. Goethe* (Dama, Heimatblatt, S. 46).

Bereits 1937 erschienen in den *Banater Monatsheften* Hollingers kritische Beiträge zu Eugen Probst. Im *Neuen Weg* vom 28. September 1962 greift er dieses Thema im Beitrag: *Ein unbekannter Erzähler des Banats. Der Arader Johann Eugen Probst* wieder auf, während in den *Südostdeutschen Vierteljahresblättern* Auszüge aus der Korrespondenz J. E. Probsts mit Adolf Meschendörfer publiziert wurden (Dama, Heimatblatt, S. 46).

Die Jahre 1967 bis 1972 waren durch eine intensive Publikationstätigkeit Hollingers gekennzeichnet. Im *Neuen Weg* und im *Kulturboten* der Temeswarer *Neuen Banater Zeitung* erschienen Aufsätze und Standpunkte zur neuzeitlichen deutschen Dichtung:

„Erwähnenswert erscheinen folgende Arbeiten: *Der Weg zum Gedicht, Das moderne Gedicht, Wege zur Moderne, Die deutsche Lyrik der Gegenwart (I, II)*“ (Dama, Heimatblatt, S. 46).

An Frank Wedekinds 50. Todestag würdigte er dessen literarisches Werk im Artikel *Wirkung auf die Nachwelt*. Die Liebesdichtung Walthers von der Vogelweide wird in der *Wandlung des lyrischen Bildes* behandelt; Hollinger titelt seinen Beitrag *Nicht Minne, sondern Liebe*. Literaturhistorische und -kritische Stellungnahmen fokussieren sich in den hier schon mehrfach zitierten *Gedankensplitter* (Dama, Heimatblatt, S. 46).

Bemerkenswert und für das Temeswarer Selbstverständnis schon seinerzeit zukunftsweisend sind Rudolf Hollingers sprachwissenschaftliche Arbeiten zur deutschen Umgangssprache Alt-Temeswars; diese erschienen allerdings in einem stark gekürzten Format in der *Neuen Banater Zeitung* unter dem Titel *Das Stadtdeutsch von Temeswar* (Dama, Heimatblatt, S. 46). Offensichtlich hat er hier als einer der ersten dieses Sujet behandelt, während andere Germanisten an der Temeswarer Universität – u. a. Prof. Maria Pechtöl – zeitgleich angingen, durch Sammeln und Aufzeichnen sich der banatschwäbischen Mundart anzunehmen: Diese flossen als Ergebnisse z. T. in die Beilage *Pipatsch* der *Neuen Banater Zeitung* ein.

Wie schon erwähnt, wurde das Lebenswerk Rudolf Hollingers im Banat und an der Temeswarer Hochschule nicht entsprechend gewürdigt, während in der alten Bundesrepublik die Presse dies nachholte:

„Rudolf Hollinger hat mit seiner Lyrik, aber auch der Dramatik und Kurzprosa einen kleinen, wenn auch hier unmerkten Glanzpunkt deutschsprachiger Literatur gesetzt.“ (Dama, TR, S. 100; Rekurs auf: *Lyrikabend von Rudolf Hollinger: Bilderreichtum, Lautmalerei*. In: *Südwest-Presse* Nr. 34/10 vom 21.08.1986).

Der Dichter, Publizist und Schüler Rudolf Hollingers, Hans Dama: 2021:

*Hollingers Werke brillieren durch gewaltige sprachliche Ausdruckskraft: durch sein lyrisches Feingefühl und durch die zeitlose Thematik seiner Künstlerdramen. Die historischen Dramen hingegen zeugen von Pathos und von der freiheitsliebenden Sehnsucht seiner Helden“* (Dama, TR, S. 106) . . .

#### Literatur

Hans Dama: Rudolf Hollinger: Lehrer, Musikliebhaber, Dichter und Dramatiker, in: *Temeschburger Heimatblatt* 2021 (Dama, Heimatblatt).

Hans Dama: „Die Zeit sorgt dafür, daß sie vergehe“. Rudolf Hollinger – Temeswarer Schriftsteller, Philologe und Pädagoge, *Profile*, *Transylvanian Review*, Vol. XXX, No. 1 (Spring 2021) (Dama, TR).

Rudolf Hollinger: *Gedankensplitter* aus dem Osten. Aus dem Tagebuch eines Südost-Europäers, Wien 1985 (Hollinger, *Gedankensplitter*).

Herbert Karl



### Preßburg ist immer eine Reise wert:

Preßburg (slowa. Bratislava, ung. Pozsony), die Hauptstadt der Slowakischen Republik, blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Die Stadt liegt am linken Donauufer am Fuße der Kleinen Karpaten und ist die bedeutendste slowakische Hafenstadt an der mittleren Donau.

Preßburg wird zuerst als des großmährischen Herzogs Wladislaw – „Brezalauspurc“ – 907 erwähnt: Damals stand es unter ungarischer Oberherrschaft. Anfang des 11. Jahrhunderts war die Stadt unter den größeren benachbarten Mächten: Ungarn, Polen, aber auch Bayern umstritten. 1030 fiel die Slowakei definitiv an das ungarische Königreich. Um die Wende zum 13. Jahrhundert entstand ein deutscher Stadtteil. Während der osmanischen Herrschaft über den größten Teil Ungarns war Preßburg zwischen 1536 und 1784 ungarische Haupt- und Krönungsstadt. Im Frieden von Preßburg (26. Dezember 1805) mußte Österreich zugunsten des napoleonischen Kaiserreichs auf Teile Vorderösterreichs und Tirol verzichten. Am 31. Dezember 1992 zerfiel die Tschechoslowakei: Die Slowakei seither nur aus Preßburg aus regiert.

Preßburger Sehenswürdigkeiten: Das Rathaus in der Altstadt (Baubeginn 1288), der gotische Dom, in dem die ungarischen Krönungen stattfanden, sehenswert sind auch die prächtigen, barocken Paläste aus der ungarischen Zeit.



### Reiseziel Preßburg (Bratislava):

Oben links: Altstadt, Oben rechts: Der Hrad-  
schin, Unten: Blick über die Donau

Bilder: Wikipedia-Abruf (12. Januar 2023)

### **HOH(L)SPIEGEL:**

„Haben Sie vielen Dank für Ihren Einsatz für die Härtefallregelung für Aussiedler und Spätaussiedler: Gut, dass diese in der AfD einen verlässlichen Partner haben.“  
Schrieb uns M. H. aus Bochum

HK

### Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

### Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

[www.vadm-afd.de](http://www.vadm-afd.de)

E-Mail:

[kontakt@vadm-afd.de](mailto:kontakt@vadm-afd.de)